



Christiane Benner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. Mai: Gute Arbeit. Soziales Europa.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2014 in Ulm

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Aktive der IG Metall Jugend, wie schön, vor so vielen Menschen zu stehen! Ich freue mich ganz besonders, in Ulm zu sein. Hier auf dem Münsterplatz sehen wir Gebäude aus verschiedenen Zeiten. Das Münster, das bis ins 19. Jahrhundert gebaut wurde, das moderne Stadthaus und die Handelshäuser aus dem Spätmittelalter.

Wir kommen heute am 1. Mai zusammen, dem „Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse“. An diesem Tag vergewissern wir uns, wo wir stehen und wie es weitergeht. 2014 gibt es für uns zwei große Themen: gute Arbeit und soziales Europa.

In Europa entsteht gerade Neues. Europäische Institutionen werden aufgebaut. Doch was bauen wir da eigentlich? Wenn Europa ein Gebäude wäre: Wäre es ein Münster mit hohen Türmen, das weithin sichtbar und hörbar ist? Oder ein Bürogebäude, wo man zum Arbeiten hinget? Ein Einkaufszentrum, in dem Umsatz gemacht wird? Oder ein Museum mit Ausstellungsstücken, die man nicht anfassen darf?

Wie sieht unser Europa aus, Kolleginnen und Kollegen?

Wir Gewerkschaften wollen ein soziales, ein menschliches und lebenswertes Europa. Unser Europa ist kein Banken- und Finanzzentrum. Wo das „Überleben“ der Banken mehr zählt als das gute Leben der Menschen.

Kolleginnen und Kollegen: Die Bankenkrise ist durch falsche Politik zur sozialen Krise geworden. Weil die sogenannte „Anti-Krisenpolitik“ vor allem in radikalen Kürzungen bestand.

Was kam dabei heraus? Sinkende Einkommen und wachsende Arbeitslosigkeit.

Verlierer sind die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner und Jugendliche, die ohne Ausbildung und Arbeit dastehen. Besonders stark ist Südeuropa betroffen: Griechenland, Portugal, Italien, Zypern und Spanien. Und die falsche Politik geht weiter. Der Fiskalpakt überwacht die Löhne in ganz Europa. Der europäische Pakt für Wettbewerbsfähigkeit beschneidet das Arbeitsrecht. Er senkt Löhne und schwächt die Gewerkschaften. In den Krisenländern richtet das besonders viel Schaden an.

Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht unser Europa.

Europa darf kein Armenhaus werden. Damit muss Schluss sein!

Wir fordern ein demokratisches und sozial gerechtes Europa. Ein Europa, das den Menschen dient und nicht den Kapitalinteressen.

Kolleginnen und Kollegen, ich will Wirtschaftsinteressen nicht verteufeln. Auch wir Gewerkschaften wollen eine starke europäische Wirtschaft. Die Metall- und Elektrobetriebe hier in der Region hängen an europäischen Märkten. Wir brauchen eine stabile Wirtschaft, wir brauchen Wachstum und Investitionen – und zwar in nachhaltige Industrien.

Der Weg in ein soziales Europa ist noch holprig und hat viele Schlaglöcher. Auch deshalb brauchen wir mehr Geld für eine bessere Infrastruktur. Das heißt nicht nur für Elektroladesäulen, sondern auch für so einfache Dinge wie Straßen, Schulen, Kindergärten oder Schwimmbäder. Eben Dinge, die den Menschen dienen.

Die Politik Europas muss Arbeit schaffen.

Und zwar gute Arbeit.

Schauen wir nach Deutschland. Auf unserem Arbeitsmarkt herrscht eine ziemliche Unordnung. Arbeit wird unsicherer. In der Region Ulm gibt es besonders viele Beschäftigte in Leiharbeit. Was heißt das? Diese Menschen haben keine Planungssicherheit, schlechtere Aufstiegschancen, schlechtere Chancen, eine Wohnung zu mieten oder von der Bank einen Kredit zu bekommen. Mit den Leiharbeitstarifverträgen haben die DGB Gewerkschaften Verbesserungen erzielt. Beschäftigte bekommen durch sie erheblich mehr Einkommen und haben bessere Entwicklungsmöglichkeiten. Immerhin stehen dort für die westdeutschen Bundesländer 8,50 Euro seit 1. Januar diesen Jahres als unterstes Einkommen fest. Und die Einkommen gehen bis 20 Euro Stundenlohn.

Unser Druck auf die Politik hat gewirkt. Im Koalitionsvertrag steht, dass sie Leiharbeit auf 18 Monate befristen will.

Das ist richtig. Leiharbeit darf keine Dauerlösung sein. Leiharbeit darf keine Sackgasse sein. Nach neun Monaten soll Equal-Pay verpflichtend werden. Auch das ist ein Fortschritt, aber es bleibt das Problem, dass die meisten nicht länger als drei

Monate im Einsatzbetrieb sind. Deshalb ist es wichtig, dass wir weiter in den Betrieben für „gleiches Geld für gleiche Arbeit!“ kämpfen, indem unsere Betriebsräte Besser-Vereinbarungen abschließen.

Wir fordern: gleiches Geld für gleiche Arbeit! Möglichst vom ersten Tag an.

Neben Leiharbeit sind befristete Arbeitsverträge ein weiterer Skandal. 42 Prozent der jungen Beschäftigten unter 35 Jahren hatten noch nie einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Das ist ein schlechter Start ins Leben.

Und da wundert sich noch irgendjemand über den Geburtenrückgang? Wie soll man mit solch schlechten Perspektiven eine Zukunft oder gar eine Familie planen?

Inzwischen sind befristete Arbeitsverträge oder Leiharbeit noch vor Pille und Kondom zum besten Mittel zur Empfängnisverhütung geworden.

Kolleginnen und Kollegen: Arbeitgeber sind erfinderisch. Sie suchen immer neue Schlupflöcher. So setzen sie zunehmend auf Werkverträge, ob in Großschlachtereien, im Supermarkt, auf dem Bau oder bei in der Industrie. Mit Werkverträgen werden Löhne gedrückt, Arbeitsschutzbestimmungen unterlaufen, Belegschaften gespalten und die Mitbestimmung des Betriebsrates untergraben. Laut Koalitionsvertrag will die Regierung „rechtswidrige Vertragskonstruktionen“ verhindern.

Das ist schön und gut, Kolleginnen und Kollegen. Aber nicht gut genug.

Wir brauchen eine wirkliche Mitbestimmung.

Die Kanzlerin hat die Arbeitgeber mehrfach gewarnt, Werkverträge nicht zu missbrauchen.

Doch das reicht nicht, Frau Merkel! Wenn mit Werkverträgen Schindluder getrieben wird, muss man niemand „warnen“. Und schon gleich nicht Arbeitgeber.

Nein, man muss das wirkungsvoll unterbinden!

Für sichere und faire Arbeit – in Deutschland und in Europa.

Auch den Niedriglohnsektor müssen wir eindämmen. Über 7,5 Mio Beschäftigte arbeiten in Minijobs, die meisten davon Frauen und über 60 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund.

Von Minijobs kann man nicht leben. Oder wer lebt schon ein Mini-Leben?

Zu viele sind arm trotz Arbeit.

Zu viele müssen aufstocken. Ich meine damit nicht die „Aufstocker“ aus dem Bundestag. Ich meine damit nicht die Politiker, die ihre Diäten mit einer Sahnehaube versüßen. Jeder vierte verdient noch ordentlich dazu, manche haben bis zu sechsstelligen Beträge als Nebeneinkünfte. Vier CDU und CSU-Abgeordneten haben ja die Nase vorn. Nein, ich spreche von Hartz IV-Aufstockern. Auch von den 1.100 in Ulm. Die so wenig mit ihrer Hände Arbeit verdienen, so dass sie gezwungen sind, Hartz IV zu beantragen.

Das ist ein Skandal. Wir brauchen gut bezahlte Arbeit, die zum Leben reicht.

Deshalb fordern die Gewerkschaften einen gesetzlichen Mindestlohn. NGG und verdi vorneweg. Nun hat die Regierung endlich den Mindestlohn von 8,50 Euro beschlossen.

Leider sind viele ausgeschlossen, z.B. Minderjährige oder Langzeitarbeitslose. Das ist willkürlich und diskriminierend. Der Vorwand lautet, dass sich Menschen unter 18 statt für eine Ausbildung für einen Mindestlohnjob entscheiden würden. Hallo Arbeitgeber, die den Mindestlohn komplett verteufeln und Deutschland dem Untergang nahe sehen: Habt ihr selbst keine Ausbildung gemacht oder keinen Matheunterricht gehabt? Junge Menschen hätten bisher schon mit einem Job, sagen wir mit 6,50 Euro Stundenlohn, mehr verdienen können als mit einer Ausbildungsvergütung. Da die jungen Menschen aber schlau sind, entscheiden sie sich für eine Ausbildung, weil sie nur so eine Zukunft haben. Also: Statt Ausnahmeregelungen vom Mindestlohn sind Ausbildungsplätze für alle angesagt, liebe Arbeitgeber.

Deshalb wollen wir, dass alle Beschäftigten den Mindestlohn erhalten!

Und dieser Mindestlohn muss mit den Tariferhöhungen der Gesamtwirtschaft ansteigen.

Genauso wie wir für höhere Löhne und Gehälter streiten. Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst ist ein großartiger Erfolg. Ihr habt gut mobilisiert, liebe Kolleginnen und Kollegen von verdi! Der Münsterplatz war voll. Wenn es bei der IG Metall los geht, rechne ich fest damit, dass die Kolleginnen und Kollegen von Liebherr, EvoBus, Iveco und Cassidian den Münsterplatz füllen werden.

Auch die IG Metall muss einen guten Abschluss erzielen.

Für mehr Kaufkraft, für mehr Wirtschaftswachstum. In Deutschland und in Europa.

Kolleginnen und Kollegen: Wenn Europa ein Bauwerk ist, dann muss es stabil sein. Dafür braucht es ein sicheres Fundament. Nur so kann Europa zukunftsfähig sein, können wir langfristig gut leben. Zuallererst müssen wir die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. Es ist doch unvorstellbar, dass in Südeuropa jeder zweite junge Mensch (und mehr) ohne Perspektive ist.

Wir brauchen dringend Ausbildungsplätze.

Jugendliche in Ausbildung zu bringen, muss oberste Priorität in Europa sein! Jede/r arbeitslose Jugendliche muss einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz angeboten bekommen. Dafür muss Geld fließen.

Wir brauchen ein langfristiges europäisches Investitionsprogramm.

Auch in Deutschland muss die Regierung Geld in die Hand nehmen. Sie muss jungen Menschen aus den Krisenländern Ausbildungsplätze bieten. Es gibt wenige Beispiele von Firmen in Deutschland, die Auszubildende aus Krisenländern einstellen. Das sind wenige gute Beispiele. Von denen brauchen wir mehr.

Kolleginnen und Kollegen: Bildung ist gut für den Einzelnen, für die Gesellschaft und für die Wirtschaft. Deshalb fordern wir auch in Baden-Württemberg ein Gesetz zur Bildungsfreistellung. Auch ihr im Ländle habt ein Recht auf fünf Tage Freistellung im Jahr für politische, allgemeine und berufliche Bildung. Ihr sagt immer, ihr könnt alles, außer Hochdeutsch. Auch das könnt ihr in 5 Tagen lernen.

Es ist Zeit! Die meisten anderen Bundesländer haben es längst.

Eure grün-rote Landesregierung hat es 2011 in ihrer Koalitionsvereinbarung versprochen!

Aber auch die Arbeitgeber müssen für ihre Beschäftigten mehr Zeit und Geld für Weiterbildung locker machen. Bildung ist eine der wichtigsten Investitionen. Bildung ist ein Grundrecht. Wir brauchen gleiche Bildungschancen für alle. Wir brauchen kein Bildungssystem, das bereits Kinder in Menschen erster, zweiter oder dritter Klasse sortiert.

Deshalb hat die IG-Metall-Jugend die Revolution ausgerufen: „Revolution Bildung“.

Es kann nicht sein, dass Kinder aus sozial schwachen Familien keine Bildungschancen haben. Es kann nicht sein, dass es nur 23 Prozent der Kinder aus Arbeiterfamilien an die Hochschulen schaffen.

Ob ärmer oder gut betucht, ob jung oder alt, ob deutsch oder mit Migrationshintergrund. Wir fordern in Deutschland endlich ein Bildungssystem, das echte Chancengleichheit ermöglicht.

Kolleginnen und Kollegen, für junge Menschen brauchen wir bessere Bildungschancen, für ältere eine tragfähige Rentenpolitik. Denn die Altersarmut wächst. Kein Wunder nach jahrelangen Beitragssenkungen und sinkendem Rentenniveau.

Altersarmut trifft oft Frauen. Die durchschnittliche Rente von Frauen beträgt in den alten Bundesländern 520 Euro. Das ist verdammt wenig.

Kolleginnen und Kollegen. Wir können Einfluss auf Politik und Gesellschaft nehmen. Die Bedingungen mitgestalten und umgestalten. Das geht – wenn wir uns einig sind und unsere Ziele gemeinsam verfolgen.

Das haben wir im letzten Herbst bewiesen: Bei der Bundestagswahl haben Gewerkschaften ihren Einfluss genutzt. Wir haben Druck aufgebaut für unsere Forderungen: im Wahlkampf und in den Koalitionsverhandlungen. Auf den Mindestlohn bin ich bereits eingegangen.

Auch bei der Rente hat die neue Regierung einige Verbesserungen vor:

- die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren,
- die Mütterrente (vor 1992 geborene Kinder bringen künftig einen Rentenpunkt mehr),
- die Anhebung der Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderung.

Kolleginnen und Kollegen, ich sehe darin einen Kurswechsel in der Rentenpolitik!

Und das, nachdem über viele Jahre nur neoliberale Rentenkürzungen und Sozialabbau betrieben wurden.

Die Agenda 2010 war nie und ist nicht alternativlos.

Die Rentenreformen finden großen Zuspruch in der Bevölkerung: Die IG Metall hat letzte Woche eine repräsentative TNS-Infratest-Umfrage in Auftrag gegeben. Ergebnis: Bei den 18- bis 34-Jährigen liegt die Zustimmung mit 89 Prozent sogar über dem Durchschnitt aller Befragten von 87 Prozent. Damit erteilt die junge Generation der Spaltung zwischen Jung und Alt eine Absage.

Und nun schlagen diejenigen auf die Rentenpläne ein, die im Regelfall einen vollen Geldsack haben und wahrscheinlich gar nicht 45 Jahre arbeiten werden. Nämlich gut verdienende Arbeitgeber, die mit Millionenbeträgen die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft unterstützen. Dieser neo-liberale Think Tank drischt auf alles ein, was geringe Verbesserungen für Beschäftigte bedeutet. Die Arbeitgeber sollen die Kirche im Dorf und das Münster in Ulm lassen. Beschäftigte, die 45 Jahre hart gearbeitet haben, sollen mit 63 verdient ohne Abschläge in Rente gehen dürfen. Punkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich habe unser Europa mit einem Gebäude verglichen. Es soll keine Bank sein und kein Armenhaus, sondern ein stabiles Wohnhaus. Es muss stabil sein und ein tragfähiges Fundament haben. So weit, so gut. Doch da ist auch noch eine grundsätzliche Frage: Wozu baut man eigentlich ein Haus? Menschen bauen Häuser zu ihrem Schutz – etwa vor Unwetter und Kälte. Auch unser Europa sollte Schutz bieten. Daher muss es offene Türen haben für alle, die ein Dach über dem Kopf brauchen. Unser Europa soll sich nicht durch Mauern oder Zäune abschotten.

Flüchtlinge suchen in Europa Schutz. Sie riskieren dabei ihr Leben. Die meisten von ihnen scheitern an Europas Grenzen. Andere werden abgeschoben oder illegalisiert.

Kolleginnen und Kollegen, unsere Asylpolitik läuft falsch! Sie bekämpft nicht die Fluchtursachen, warum sondern schreckt ab. Immer mehr Länder werden zu „sicheren Drittstaaten“ erklärt. Warum? Damit man dorthin abschieben kann.

Europa kann Flüchtlinge aufnehmen.

Europa muss Flüchtlinge aufnehmen.

Auch Deutschland muss mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Menschen können niemals illegal sein. Nur die Gesellschaft kann sie illegalisieren.

Deshalb sage ich es laut und deutlich: Kein Mensch ist illegal.

Kolleginnen und Kollegen, wenn unser Europa ein Gebäude wäre, sollten Menschen darin leben und sich wohl fühlen. Europa soll einladend sein. Über der Tür steht groß: „Willkommen“. Drin sollen sich die Menschen wohl fühlen und sich mit Respekt und Wertschätzung begegnen. Und zwar nicht nur diejenigen, die neu dazukommen. Sondern auch die, die schon da sind.

„Willkommen“ heißt aber auch, dass es möglich sein muss, dass Migrantinnen und Migranten in diesem Land in Sicherheit leben. Das bedeutet: Rassismus in staatlichen Organen konsequent verfolgen und beseitigen. Und eine lückenlose Aufklärung der NSU-Morde.

Stattdessen wurde das Wort „Dönermorde“ zum Unwort des Jahres 2011. Und manche Auftritte von Beamten vor dem NSU-Untersuchungsausschuss hätten auch prämiert werden müssen. Als Unding des Jahres.

Kolleginnen und Kollegen, Politiker, die im NSU Untersuchungsausschuss waren, sagen heute: „Wir haben in Abgründe geschaut.“ Yavuz Narin, Beobachter des NSU-Untersuchungsausschusses, hat einen hoffnungsvollen Ausblick gegeben. Ich zitiere: „... der Untersuchungsausschuss hat die Zivilgesellschaft sensibilisiert, die Kirchen, die Gewerkschaften und die freie Presse. Zudem leben wir in einem Rechtsstaat, der weitgehend funktioniert. Und alle zusammen werden, das hoffe ich, den Behörden künftig genauer auf die Finger schauen.“

Eine echte Willkommenskultur bedeutet zuallererst die gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen. Migrantinnen und Migranten, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, dürfen heute noch nicht mal über einen Zebrastreifen oder eine Turnhalle mitbestimmen. Aber Steuern zahlen „dürfen“ sie!

Das geht so nicht.

Wir brauchen das kommunale Wahlrecht für alle.

Und ein Recht auf generelle Mehrstaatigkeit.

Außerdem muss der Optionszwang weg, und zwar komplett. Er zwingt Kinder ausländischer Eltern, bis einen ihrer beiden Pässe wieder abzugeben. Das ist eine klare Botschaft: „Ihr gehört nicht richtig dazu.“

Wenn wir so mit hier geborenen Jugendlichen umgehen, ist „Integration“ nur ein schönes Wort. Pure Augenwischerei.

Daher waren wir Gewerkschaften von Anfang an gegen den Optionszwang. Gemeinsam mit Migrationsverbänden und weiteren Bündnispartnern.

Als der Koalitionsvertrag verabschiedet wurde, brach vereinzelt schon der Jubel aus: Die Regierung hat beschlossen, den Optionszwang abzuschaffen. Das ist die einzig richtige Lösung. Der Gesetzentwurf enthält aber leider wieder Bedingungen: Man muss einen deutschen Schulabschluss haben bzw. acht Jahre hier gemeldet sein.

Kolleginnen und Kollegen, diese bürokratische „Integration ja, aber...“ Formulierung ist doch Humbug!

Die aller-allermeisten Betroffenen erfüllen diese Voraussetzungen. Wofür braucht irgendjemand so eine sinnlose Regelung? Um die Bürokratie zu erhalten? Um doch noch ein paar auszugrenzen? Zeit und Geld zu verschwenden?

Es ist doch klar: Die Konservativen halten immer noch am Abstammungs- und Blutsrecht von vorgestern fest. Dabei hat jede/r fünfte von uns einen Migrationshintergrund. Deutschland ist längst ein modernes Einwanderungsland. Doch wer hat das immer noch nicht begriffen? Die Unbelehrbaren aus der CDU/CSU.

Es gibt nur eine Lösung, Kolleginnen und Kollegen:

Weg mit dem Optionszwang! Ohne Kompromisse!

Für eine echte Willkommenskultur!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um uns herum wird ein großes Haus gebaut. Das Haus heißt Europa. Es soll den Menschen Schutz bieten und sie in ihrer Vielfalt Willkommen heißen.

Doch wie soll es darin zugehen? Welche Regeln und Umgangsformen sollen gelten?

Ich finde Fairness besonders wichtig. Dass Chancengleichheit herrscht und sich jeder und jede nach den eigenen Vorstellungen verwirklichen kann. Dass Frauen und Männer gleiche Weiterbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen haben. Dass sie ihren Lebensunterhalt selbständig bestreiten und eine eigene Altersvorsorge aufbauen können. Dass Kinder dabei kein Hindernis und kein Karriereknick sind.

Kolleginnen und Kollegen: Ich meine damit nicht, dass jede Mutter Karriere machen muss.

Aber es muss möglich sein, Familie, Arbeit und berufliches Weiterkommen unter einen Hut zu bringen.

Für junge Mütter und natürlich auch für junge Väter. Für alle, die es wollen.

Doch wie sieht es in Wirklichkeit aus? Von einer echten Chancengleichheit sind wir noch weit entfernt.

Frauen in der Wirtschaft können wir mit der Lupe suchen. In den Vorständen der 200 größten deutschen Unternehmen sind es nur 4 Prozent. Frankreich hat 27 Prozent Frauen in den Vorständen. Norwegen 40,3 Prozent in den Aufsichtsräten.

Woran liegt das?

Sind französische Frauen intelligenter?

Kriegen Norwegerinnen keine Kinder?

Natürlich nicht! Norwegen hat schon vor elf Jahren eine Quote eingeführt. Frankreich vor drei Jahren. Und auch in Deutschland hat die Regierung endlich eine 30 Prozent-Quote für die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen beschlossen.

Wir Gewerkschafterinnen sagen es seit Jahrzehnten.

Jetzt hat es die Politik begriffen:

Die Quote ist überfällig!

Auch die Vereinbarkeit muss in Deutschland besser werden. Wir brauchen mehr Kita-Plätze, mehr Geld für Betreuungseinrichtungen – und bessere Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher.

Erziehungsarbeit ist Bildungsarbeit.

Und Bildung ist Zukunft.

Viele Arbeitgeber bauen heute Betriebs-Kitas. Das ist ein guter Anfang – doch wichtiger sind flexible Arbeitszeiten (und der Abbau der Präsenzkultur) in den Unternehmen.

Kolleginnen und Kollegen: Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein. Sie muss den Beschäftigten nützen, nicht nur den Arbeitgebern

Arbeit muss zum Leben passen. Nicht umgekehrt.

Schließlich heißt Chancengleichheit auch gerechte Bezahlung. Es kann doch nicht sein, dass Frauen im Jahr 2014 immer noch so viel weniger verdienen als Männer. In Deutschland 22 Prozent. In Europa 16,4 Prozent.

Schluss mit der Diskriminierung!

Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit!

In Deutschland und in Europa.

Kolleginnen und Kollegen,

unser Europa soll ein stabiles Haus sein, das Menschen Raum und Schutz gibt. Ich stelle mir einen Wohnblock vor, der Platz für Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichem Alter, Geschlecht und Interessen bietet. Ein stabiles Haus mit moderner, praktischer Architektur, ressourcenschonend und nachhaltig gebaut. Über den Türen steht „Willkommen“, drin herrschen Chancengleichheit und Solidarität.

Noch etwas zur Hausordnung: In unserem Europa soll kein Platz für rechte Europagegner sein. Wie sie sich auch nennen: Front National, Freiheitspartei, FPÖ, wahre Finnen, Goldene Morgenröte. Auch bei uns gibt es mit der selbsternannten „Alternative für Deutschland“ eine europafeindliche Partei.

All diese Parteien wollen Europa sabotieren.

Sie könnten bei der Wahl so stark werden wie noch nie.

Das mag ich mir nicht vorstellen.

Kolleginnen und Kollegen, die Stadt Ulm hat in den letzten Jahren Zeichen gegen Nazis gesetzt. Seit dem großen Naziaufmarsch 2009 gibt es hier ein breites Bündnis „Ulm gegen Rechts“. Es beschäftigt sich auch kritisch mit der sogenannten AfD.

Das ist wichtig und gut.

So soll es in Europa zugehen.

Kein Fußbreit den Faschisten!

Kolleginnen und Kollegen,

Europa braucht dringend einen Kurswechsel. Das Europäische Parlament ist das soziale Gewissen Europas. Wir müssen dafür sorgen, dass es gestärkt wird.

In Europa sind immer mehr Menschen von Armut bedroht. Wollen wir denn Abbau von Arbeitnehmerrechten weiter zulassen? Die Aufweichung von Arbeits- und Gesundheitsschutz? Eine beschäftigungsfeindliche Wirtschafts- und Finanzpolitik?

Nein, Kolleginnen und Kollegen: Diese Politik müssen wir abwählen. Deshalb lasst uns so breit mobilisieren wie nie.

Es ist unser Europa. Wir haben die Wahl am 25. Mai.

Wählen wir Europa!

Für die junge Generation.

Für gute Arbeit.

Für mehr Gerechtigkeit.

Für echte Beteiligung.

Damit unser Europa eine Zukunft bekommt.

Und jetzt wünsche ich euch und euren Familien einen schönen ersten Mai.

Danke.